

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17.01.2012

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:00 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:55 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:55 Uhr bis 18:15 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:40 Uhr bis 18:15 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 17:45 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 18:15 Uhr

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Bönisch eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden zu TOP 8 - Mitteilungen - folgende Unterlagen ausgereicht:

- Kurzinformation zur Antragsentwicklung im Rahmen von Bildung und Teilhabe und zu den finanziellen Auswirkungen zum Stand 31.12.2011
- Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzungen am 29.11. und 06.12.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Jahresabschluss 2010 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: V/2011/09956
- 5.2. Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10172
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle
Vorlage: V/2011/10153
- 6.1.1. Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum gemeinsamen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle
Vorlage: V/2011/10203
- 6.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum bewirtschafteten Parken in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10163
- 6.3. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung einer Bürgerinformationsveranstaltung zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Halle
Vorlage: V/2011/10243
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
9. mündliche Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzungen am 29.11. und 06.12.2011

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 06.12.2011 wird genehmigt

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sondersitzung am 29.11.2011 wird zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 06.12.2011 wurden keine abschließenden nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Jahresabschluss 2010 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Vorlage: V/2011/09956

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der durch die Betriebsleitung aufgestellte Jahresabschluss weist zum 31.12.2010 eine Bilanzsumme von EURO 43 Mio. EUR aus und erhöhte sich damit gegenüber dem Jahr 2009 um 5.1 Mio. EUR. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist ein positives Ergebnis von EURO 1,671 Mio. aus.

Der Stadtrat bestätigt folgende Ergebnisverwendung:

Ausschüttung an die Stadt Halle	323.734,82 EUR
Einstellung in die Betriebsmittelrücklage	1.348.058,76 EUR

2. Der Stadtrat stimmt dem Jahresabschluss 2010 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu und entlastet die Betriebsleitung für das Geschäftsjahr 2010.

zu 5.2 Änderung der Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10172

An der Beratung beteiligten sich Herr Wolter, Herr Bönisch, Herr Krause, Herr Müller, Herr Misch, Herr Dr. Wiegand und Herr Hans (Amtsleiter für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst).

Auf Nachfrage erläuterte Herr Hans, dass sich der Betrag gegenüber dem ursprünglichen Antrag im Juni 2011 erhöht habe, da aus Gleichbehandlungsgrundsätzen auch die Einheitsführer des THW in die Regelung aufgenommen wurden.

Es erfolgte eine kurze Diskussion über den **§ 2**
Verhinderung eines Anspruchsberechtigten, sein Ehrenamt auszuüben

Der Anspruch auf eine Entschädigung entfällt, sobald ein Berechtigter länger als vier Wochen gehindert ist, sein Ehrenamt auszuüben.

Im Fall der Verhinderung einer der in § 1 genannten Personen für einen zusammenhängenden Zeitraum von mehr als vier Wochen erhält der Stellvertreter ab diesem Zeitpunkt eine Aufwandsentschädigung in Höhe der für das jeweilige Ehrenamt vorgesehenen Entschädigung. Erhält der Vertreter bereits eine Aufwandsentschädigung nach § 1, beträgt die Entschädigung, die er zusätzlich als Vertreter erhält, 50 vom Hundert der Aufwandsentschädigung des Vertretenen.

Im Ergebnis bestätigte Herr Dr. Wiegand, dass der Vertreter im vorliegenden Fall einen Anspruch auf 2 Entschädigungen hätte. Eine Änderung der Satzung sei diesbezüglich nicht notwendig.

Herr Hans fügte an, dass ein derartiger konkreter Fall in der Vergangenheit noch nicht vorgekommen sei.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag (in geänderter Form / Text):

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren und Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes der Stadt Halle (Saale).

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : Konto 542100
neuer Ansatz: 29.220 €

Anmerkung:

§ 4 Sprachliche Gleichstellung (aufgrund einer Anregung von Herrn Müller)

~~Sprachliche Gleichstellung der~~ Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in weiblicher und männlicher Form.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 **gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle** **Vorlage: V/2011/10153**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Wehrich, Herr Krause, Herr Dr. Wöllenweber und Herr Stäglin

Es wurde den Antragstellern anheimgestellt, den Antrag für erledigt zu erklären, da die Verwaltung bereits Prüfungen durchführe.

Herr Stäglin führte aus, dass Gespräche mit dem Ministerium für Landwirtschaft und Verkehr mit dem Ziel der Umwidmung von Städtebaufördermitteln geführt werden. Die Umsetzung im Jahr 2012 halte er nicht für möglich.

(16:55 Uhr – Herr Dr. Meerheim und Herr Knöchel kamen in die Sitzung.)

Herr Dr. Meerheim übernahm die Sitzungsleitung von Herrn Bönisch.

Herr Krause stellte den Antrag auf Vertagung des Antrages auf die Sitzung im Februar.

Herr Dr. Wöllenweber stellte den Antrag, auch den TOP 6.1.1 im Februar zu beraten.

Abstimmung über die Anträge:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Planungen für den Neubau einer Brücke zur Peißnitz in der Nähe der Eissporthalle zügig voranzutreiben. Entsprechende Mittel sind im Haushalt bereitzustellen – gegebenenfalls umzuschichten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu ermitteln, welche potentiellen Partner einer Finanzierung des Bauvorhabens zur Verfügung stehen und mit diesen umgehend Gespräche aufzunehmen. Für die Finanzierung sind alle Varianten ergebnisoffen zu prüfen und nach Entscheidung mit dem Ziel eines Baus im Jahr 2012 umzusetzen.

zu 6.1.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum gemeinsamen Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der CDU-Stadtratsfraktion und der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zum Neubau einer Brücke zur Peißnitzinsel an der Eissporthalle (Vorlage: V/2011/10203

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

3. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Planungen für den Neubau einer Brücke zur Peißnitz in der Nähe der Eissporthalle zügig voranzutreiben. Entsprechende Mittel sind ~~im Haushalt bereitzustellen~~ gegebenenfalls umzuschichten **werden vom Quartiersmanagement Halle-Neustadt eingeworben.**
4. ~~Die Verwaltung wird beauftragt, zu ermitteln, welche potentiellen Partner einer Finanzierung des Bauvorhabens zur Verfügung stehen und mit diesen umgehend Gespräche aufzunehmen. Für die Finanzierung sind alle Varianten ergebnisoffen zu prüfen und nach Entscheidung mit dem Ziel eines Baus im Jahr 2012 umzusetzen.~~

zu 6.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum bewirtschafteten Parken in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2011/10163

Herr Stäglin führte aus, dass in der Stadt Halle (Saale) bei den bewirtschafteten Bereichen keine Geschäftsstruktur vorhanden sei, die die Einführung einer sogenannten „Brötchentaste“ als sinnvoll erscheinen ließe. Im Planungsausschuss wurde der Antrag abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme
10 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Bei Neuaufstellung von Automaten für die Parkraumbewirtschaftung in der Stadt Halle (Saale) wird die Möglichkeit eines kostenlosen Parkens für 10 Minuten geschaffen.

zu 6.3 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Einführung einer Bürgerinformationsveranstaltung zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Halle
Vorlage: V/2011/10243

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Wehrich, Herr Dr. Meerheim und Herr Geier.

Herr Wolter begründete ausführlich den Antrag. Herr Wehrich wies darauf hin, dass bereits eine Beschlusslage zur Thematik vorliege.

Herr Geier erläuterte, dass es mehrere Möglichkeiten gebe, die Bürger bezüglich des Haushaltes der Stadt enger zu beteiligen. Die anderen Städte beschreiten mehrere Wege. Einige Kommunen gehen über das Internet, einige haben ein eigenes Gremium für die Beratungen der Thematik geschaffen. Denkbar wäre auch ein Verfahren wie bei dem Bürgerforum des Bundespräsidenten mit Bürgerredakteuren oder die Erweiterung der Bürgerforen.

Generell müsse die Thematik in zwei Bereiche abgeschichtet werden:

- a) Eröffnungsveranstaltung, in der die Verwaltung die Struktur des städtischen Haushaltes erläutert
- b) System der Beteiligung aufbauen

Herr Geier sagte zu, in einer Sitzung (in nicht allzu ferner Zukunft) mehrere Vorschläge zu unterbreiten und eine Empfehlung der Verwaltung abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, jährlich nach Einbringung des Haushaltsplanentwurfes eine Bürgerinformationsveranstaltung/Bürgersprechstunde zu dieser Thematik für interessierte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle durchzuführen. Ziel der Veranstaltung ist, Bürgerinnen und Bürgern der Stadt den Haushaltsplan für das nächste Haushaltsjahr in leicht verständlicher Form zu erklären und Transparenz sowie Nachvollziehbarkeit zum neuen Buchführungssystem Doppik zu erreichen.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 8 **Mitteilungen**

Haushaltsplanung 2012

Herr Geier teilte mit, dass die ausgegebene Streichliste durch die Fachbeigeordneten in den entsprechenden Gremien untersetzt wird. Es könne ggf. auch noch zu Änderungen kommen, wenn sich die gesetzten Prioritäten durch Entscheidung der Fachbeigeordneten ändern. Die Untersetzung erfolge, je nach Ratszuständigkeit, in unterschiedlicher Art und Weise.

Die Investitionsprioritätenliste sei sehr eng mit dem Finanzplan verknüpft. Die Kategorien I und II seien EDV-technisch erfasst. Durch die Kürzung der Investitionspauschale des Landes in Höhe von 4,8 Mio. € ergeben sich Änderungen. Diese werden im Moment eingearbeitet und mit den Beigeordneten besprochen.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept hänge von der Entscheidung des Landesverwaltungsamtes (LVA) zum Paradigmenwechsel ab. Dieser sei noch immer nicht vom LVA entschieden. Auch die Zeitspanne der Haushaltskonsolidierung wurde noch nicht abschließend festgelegt. Je kürzer der Konsolidierungszeitraum sein soll, je schwieriger wird die Untersetzung sein. Der Knackpunkt sei die noch offene Entscheidung über die Verwendung der VNG-Erlöse.

Das Querblatt könne zur ersten Beratung im Finanzausschuss vorgelegt werden. Er gehe davon aus, dass sich die Inhalte jedoch noch ändern. Besser wäre eine Vorlage und Beratung dazu zum Ende der Etatberatung im Finanzausschuss.

Die sonstigen fehlenden Anlagen werden so schnell wie möglich in die Fraktionen gereicht.

Die Wirtschaftspläne werden zur Abschlussberatung vorgelegt.

Die Eröffnungsbilanz werde nie zeitgleich mit der Einbringung des Haushaltes vorgelegt. Dies sei auch rechtlich ausdrücklich nicht gefordert. Zurzeit sei die Verwaltung dabei, die Klärung von Auslagen und Verbindlichkeiten vorzunehmen.

Doppik

Herr Geier teilte mit, dass die Verfahrensumstellung auf das doppelte Buchhaltungssystem vorgenommen wurde. Er bat die Fraktionen zur besseren Steuerung der Klärung darum, sich bei auftretenden Fragen direkt an die Kämmerei oder an ihn zu wenden.

Der Echtbetrieb wurde gestartet und die wichtigen Ein- und Auszahlungen funktionieren. Im Moment werden noch Altdaten übernommen. 2,4 Mio. Datensätze seien im Prozess der Umstellung durch die Verwaltung zu bearbeiten. Zum Teil erfolgen auch noch Nacharbeiten und kleinere Korrekturen. Der Betrieb laufe mit jedem Tag besser.

Personalie

Her Geier informierte, dass Frau Gruß, Amtsleiterin für Finanzservice, zum 1. Februar 2012 ihre Tätigkeit bei der Stadtverwaltung Halle (Saale) beendet. Er bedankte sich für die Arbeit, die sie seit 1. Februar 2007 für die Stadt geleistet habe und wünschte ihr alles Gute.

Er avisierte weitere Informationen zur Nachfolge für die morgige Sitzung des Hauptausschusses.

zu 9 mündliche Anfragen

Haushaltsplan 2012

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Wehrich, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Bönisch und Herr Geier.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier, dass die Verteilung der Einsparsummen verwaltungsoffen sei. Sollten einige Vorschläge nicht umgesetzt werden, müssen neue Maßnahmen definiert werden.

Herr Wehrich führte aus, dass die von der Verwaltung übergebenen Unterlagen nicht für die Beratungen geeignet seien. Er übergab eine Aufstellung mehrerer Fragen zum Ablauf der Haushaltsplanberatungen.

Herr Geier informierte, dass er Verständnis dafür habe, dass die Stadträte, wie in den vergangenen Jahren auch, den IST-Zahlen-Vergleich 2011/2012 sehen möchten. Aufgrund der Einführung der Doppik sei dies aber nicht wie gewohnt möglich, da in der Doppik ein gänzlich anderes Buchhaltungssystem verwendet werde. Die Abgrenzung der Ausgaben und Einnahmen z. B. erfolge nach dem Verursacherprinzip und durch die Umstellung von der Kameralistik ca. 4 Wochen später als in den Vorjahren. Er sagte eine Prüfung zu, ob die Möglichkeit bestehe, eine grobe Darstellung zu übergeben.

Mehrere Mitglieder äußerten, dass die Fachausschüsse mindestens 2 Beratungstermine für die Erörterung des Haushaltes benötigen werden und baten die Verwaltung um die Überarbeitung der Terminkette.

Die Verwaltung bat die Mitglieder des Ausschusses, bis spätestens 24.01.2012 mitzuteilen, welche zusätzlichen Informationen noch gewünscht werden, um einzuschätzen, bis wann diese Unterlagen erarbeitet werden können.

(17:45 Uhr - Frau Hinz verließ die Sitzung.)

Die Mitglieder baten um sogenannte Überführungslisten (Welche Bezeichnung hatte der Unterabschnitt und in welches Produkt ist dieser jetzt eingeflossen?).

Zur Nachfrage bezüglich der Untersetzung der Einsparvorschläge erläuterte Herr Geier, dass diese nicht durch die Verwaltung in den Haushalt eingearbeitet wurden, um sie mit den zuständigen Gremien zu diskutieren. Diese Vorbesprechung übernehmen die Fachbeigeordneten in den Fachausschüssen.

Herr Bönisch informierte, dass er mit Herrn Siebenhüner von der ITC telefoniert habe. Dieser habe den Fraktionen Hilfe bei der Beantwortung von technischen Fragen angeboten.

Herr Geier bat darum, dass Fragen zum Haushalt zur besseren Koordination der Beantwortung bitte an ihn persönlich oder an die Kämmerei zu richten seien.

Kassenkredite

Herr Geier informierte auf Anfrage, dass eine Anfrage des Landesverwaltungsamtes zur Aufnahme von Kassenkrediten und Anlage dieser Gelder beantwortet wurde. Darüber wurde in den Medien berichtet. Im Jahr 2008 wurde beim Landesverwaltungsamt angefragt, ob auf diesem Weg die günstige Zinssituation durch die Stadt genutzt werden dürfe. Diesem

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17. Januar 2012 - öffentlicher Teil

Vorgehen wurde nicht widersprochen. Im Jahr 2010 erfolgte ein Erlass, der dieses Vorgehen ausschloss. Die Verwaltung änderte ihr diesbezügliches Verfahren gemäß diesem Erlass. Die Mitglieder des Finanzausschusses wurden in regelmäßigen Abständen über die Finanzanlagen der Stadt informiert.

Arbeitsgruppe mit dem LVA

Auf Nachfrage von Herrn Wehrich informierte Herr Bönisch, dass ein Gespräch mit den halleschen Landtagsabgeordneten stattgefunden habe, in dem eine gemeinsame Arbeitsgruppe angeregt wurde. Das Verfahren des Umgangs mit dem Haushalt beinhaltet Änderungsbedarf. Diese Arbeitsgruppe könne ein sinnvolles Modellprojekt werden. Die Initiative werde vom Ministerium ergriffen.

Presseberichte zu Städtebaufördermitteln

Herr Stäglin erläuterte aufgrund einer Anfrage, dass gemäß einer Rückfrage das LVA keine Zahlen für die Presse genannt habe. Im Übrigen handele es sich um ein übliches Verfahren. Bei nicht rechtzeitigem Abruf von Fördermitteln fallen Zinsen an. Wichtig sei, dass für ein Großteil der Städtebaufördermittel aus dem Programmjahr 2011 die Bewilligung vorliege.

zu 10 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Bürgermeister

Martina Beßler
Protokollführerin